

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Streetwork im Grünzug West statt überflüssigen Umbau Martinistraße!**

Nach 17 Jahren soll die aufsuchende Sozialarbeit mit Suchtkranken im sogenannten Grünzug West, der sich zwischen Oslebshausen und Walle hinzieht, aufgegeben werden. Im Rahmen der Kürzung der Mittel für die Drogenberatung wird die halbe Stelle, die für Streetwork im Grünzug West eingesetzt wurde, zum Jahresende gestrichen.

Im „Lebenslagen“-Bericht des Senats hieß es noch 2009: „Auf der Grundlage einer Analyse weiterer Suchtbrennpunkte im Rahmen der jährlichen Berichterstattung wäre über eine Übertragung des Modells ‚Grünzug West‘ zu entscheiden.“ In einer Bewertung des Gesundheitsressorts zu den Maßnahmen im „Lebenslagen“-Bericht wurde die Erweiterung des Streetworks so eingestuft: „Die Maßnahme beugt Armut vor (präventiv). Die Maßnahme ist nachhaltig, weil aktiv zugehende Sozialarbeit nach den Erfahrungen des Projektes ‚Grünzug West‘ suchtbedingte Problemlagen in quartiersbezogenen Brennpunkten entschärft.“

Davon ist heute nicht mehr die Rede: Das Modell wird nicht übertragen und ausgeweitet, sondern abgewickelt. Damit wird genau in dem Bereich gekürzt, dem angeblich mehr Aufmerksamkeit zukommen soll: Bei Menschen, die von vielfältigen sozialen Problemen betroffen sind und die vielfältiger Hilfe bedürfen.

Hintergrund ist auch der Streit zwischen den Ressorts Gesundheit und Soziales, wer die Kosten für Streetwork jeweils zu tragen hat. Dieser Streit wird auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen.

Während hier eine langjährig bewährte Arbeit zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention wegen 25 000 € jährlich gestrichen werden soll, hat die Öffentlichkeit mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass für vollständig unnötige Projekte wie die Vereinspurung der Martinistraße jede Menge Geld da ist. Allein die Planungskosten sollen 63 000 € betragen. Hier werden die Prioritäten falsch gesetzt. Es wird Zeit, dass die öffentlichen Bekenntnisse zur Armutsbekämpfung auch zu einer Politik führen, die soziale Fragen an die erste Stelle setzt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Fortsetzung des Streetworks im Grünzug West im bisherigen Umfang zu gewährleisten.

Claudia Bernhard, Peter Erlanson,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE